

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 07.05.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:59 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Dr. med. Detlef Wend	Vorsitzender
Tobias Kühne	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale) Stellvertreter von Herrn Schachtschneider
Katja Raab	CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Heike Wießner	CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ute Haupt	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Beate Gellert	stimmberechtigtes Mitglied
Kerstin Köferstein	Vertreterin der freien Träger stimmberechtigtes Mitglied
Uwe Kramer	Vertreterin der freien Träger stimmberechtigtes Mitglied
Sylvia Plättner	Vertreter der freien Träger stimmberechtigtes Mitglied
Jörg Rommelfanger	Vertreterin der freien Träger stimmberechtigtes Mitglied
Helga Schubert	Vertreter der freien Träger stimmberechtigtes Mitglied
Dr. Judith Marquardt	Vertreterin der freien Träger stimmberechtigtes Mitglied
Katharina Brederlow	beratendes Mitglied Beigeordnete Stellvertreterin für Herrn Kogge
Christina Greiner	Beratendes Mitglied Fachbereichsleiterin FB Bildung
Dr. Hendrik Kluge	beratendes Mitglied Landesschulamt
Frau Gerda Mittag	beratendes Mitglied Evangelischer Kirchenkreis
Frau Anja Pohl	beratendes Mitglied Kinder- und Jugendrat
Frau Tatjana Privorozkaja	beratendes Mitglied Stadtelternbeirat
Frau Petra Schneutzer	beratendes Mitglied Jüdische Gemeinde zu Halle (Saale)
Frau Christiane Sünemann	beratendes Mitglied Beauftragte für Migration und Integration Polizeirevier Halle (Saale)

Entschuldigt fehlen:

Andreas Schachtschneider	CDU/FDP Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Norbert Böhnke	beratendes Mitglied Leiter DLZ Familie
Herr Dr. Toralf Fischer	beratendes Mitglied Beauftragter für die Belange behinderter Menschen
Herr Richter Bruno Glomski	beratendes Mitglied Amtsgericht Halle (Saale)
Herr Tobias Kogge	beratendes Mitglied Beigeordneter
Herr Rene Moses	beratendes Mitglied Humanistischer Regionalverband
Herr Mirko Petrick	beratendes Mitglied Kinder- und Jugendbeauftragter
Frau Kathrin Sasse	beratendes Mitglied Jobcenter Halle (Saale)
Frau Susanne Wildner	beratendes Mitglied Gleichstellungsbeauftragte
Frau Susanne Willers	beratendes Mitglied Katholische Kirchen
Tilo Kurth	beratendes Mitglied Arbeitsagentur Halle (Saale)

Verwaltung

Jana Koßmann	Mitarbeiterin Fachbereich Bildung
--------------	-----------------------------------

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Es lagen keine Fragen von Kindern und Jugendlichen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Wend, Ausschussvorsitzender, eröffnete die öffentliche Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte die Beigeordnete, Frau Dr. Marquardt, welche in Vertretung von Herrn Kogge anwesend ist.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Wend sagte zur Tagesordnung an, dass ein

Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wahl eines Mitgliedes des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
Vorlage: VI/2015/00861

vorliegt, welcher in die Tagesordnung aufgenommen werden soll, da es sich um die Nachbesetzung als Mitglied im Unterausschuss Jugendhilfeplanung handelt.

Herr Dr. Wend rief zur Abstimmung der Aufnahme dieses Dringlichkeitsantrages als TOP 7.2 auf.

Abstimmungsergebnis zur Aufnahme auf die TO: mit mehr als 2/3 Mehrheit
Vorlage: VI/2015/00861 **einstimmig zugestimmt**

Herr Dr. Wend bat um Aufnahme der Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 05.03.2015.

Er rief zur Abstimmung der Aufnahme dieser Niederschrift in die Tagesordnung als TOP 3 auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Herr Dr. Wend rief zur Abstimmung der geänderten Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

- . Einwohnerfragestunde
- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.03.2015
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 09.04.2015
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Beschlussvorlagen
- 6. Fachliche Standards für Pflegestellen entsprechend der Leistung nach § 33 SGB VIII
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wahl eines Mitgliedes des Unterausschusses Jugendhilfeplanung
Vorlage: VI/2015/00861
- 8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9. Mitteilungen
- 10. Themenspeicher
- 11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 05.03.2015

Die Niederschrift vom 05.03.2015 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 09.04.2015

Die Niederschrift vom 09.04.2015 wurde ohne Änderungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
2 Enthaltungen

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Es gab keine in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekannt zu geben.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine öffentlichen Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Fachliche Standards für Pflegestellen entsprechend der Leistung nach § 33 SGB VIII

Frau Koßmann stellte sich den Mitgliedern als sozialpädagogische Teamleiterin des Fachbereiches Bildung vor. Anhand einer Präsentation erläuterte sie die Voraussetzungen und Kriterien für Pflegeeltern und die fachlichen Standards für Pflegestellen.

Diese Präsentation wurde zur Sitzung in Session hinterlegt.

Frau Koßmann sprach u. a. an, dass es mehrere Beratungsgespräche mit den Bewerberinnen und Bewerbern und zum Abschluss ein 3-Tages-Bewerberseminar für Pflegeeltern gibt. Sie hob hervor, dass die Eignung und Motivation der Bewerberinnen und Bewerber geprüft wird, da für die Kinder geeignete Pflegefamilien gefunden werden müssen. Dies ist einzelfallabhängig zu betrachten, da die Kinder bereits eine eigene Lebensgeschichte mit verschiedenen Erfahrungen aus ihrer Herkunftsfamilie mitbringen. Die Kontakte des Kindes zu seinen Herkunftseltern finden weiterhin statt. Sie erläuterte kurz die einzelnen Kriterien für Pflegeeltern.

Sie sprach an, dass es als Grundlage für die Arbeit das Handbuch für Pflegeeltern gibt, welches als Empfehlung und zur Orientierung für das gesamte Land Sachsen-Anhalt gilt.

Frau Plättner fragte, ob es statistisches Datenmaterial zur Verweildauer von Pflegekindern in den Pflegefamilien gibt bzw. etwas zur Aufenthaltsdauer der Kinder gesagt werden kann. Welches Vorgehen erfolgt, wenn bemerkt wird, dass ein Pflegekind nicht in die Pflegefamilie „passt“.

Frau Koßmann antwortete, dass die meisten Kinder auf Dauer in der Pflegefamilie untergebracht sind. Abbrüche von Pflegeverhältnissen sind sehr selten, da dies für die Kinder nicht gut ist. Ein erster Abbruch erfolgt für das Kind bereits in der Herkunftsfamilie; deswegen wird versucht, dies in der Pflegefamilie möglichst zu verhindern. Vor ca. einem

Jahr gab es einen Fall, bei dem eine Pflegefamilie mit dem Pflegekind auf Grund dessen Vorgeschichte und dessen Auffälligkeiten nicht mit dem Pflegekind klar kamen. In solchen Fällen erfolgt ein Abbruch des Pflegeverhältnisses und das Kind kommt erst einmal in eine stationäre Einrichtung, bis eine neue Pflegefamilie für dieses Kind gefunden wurde.

Frau Dr. Brock fragte, ob es einen Mangel an Pflegefamilien gibt und ob die Standards eventuell auf Grund dessen herabgesetzt bzw. die Angebote an Pflegefamilien erweitert werden können. Sie fragte, ob es Dauerpflegeverhältnisse in „Regenbogenfamilien“ und in der Stadt Halle (Saale) eine relevante Zahl an „Regenbogenpflegefamilien“ gibt.

Frau Koßmann antwortete, dass jährlich etwa fünf Bewerber neu hinzukommen.

Trotz vergangener Werbekampagnen ist das Interesse rückläufig, da sich persönliche Lebenslagen von Menschen verändert haben und auch die beruflichen Anforderungen anders geworden sind. Der Bedarf an Pflegeeltern ist höher als das Bewerberinteresse vorhanden ist.

Die Kriterien und Standards sollen dennoch nicht herabgesetzt werden, da Pflegeeltern sich der Realität mit dem Kind aussetzen müssen. Die Kinder haben teilweise Misshandlungen, Vernachlässigungen oder Ähnliches erlebt. Es kostet viel Kraft, bestehende Entwicklungsdefizite aufzuholen. Eine Belastbarkeit und Kritikfähigkeit der Pflegeeltern muss auf jeden Fall gegeben sein.

Zur zweiten Frage antwortete **Frau Koßmann**, dass es Pflegeverhältnisse in sogenannten „Regenbogenfamilien“ gibt. Aktuell gibt es drei gleichgeschlechtliche Paare, welche Pflegekinder haben; das Einverständnis der Herkunftseltern lag dafür vor.

Frau Dr. Schöps fragte, ob eine Pflegefamilie eine Einzelperson sein kann. Hinsichtlich der heil- und sozialpädagogischen Vollzeitpflege fragte sie, ob dies auch in unserer Stadt angeboten und ob dieses Angebot auch ausreichend ist. Darüber hinaus fragte sie, ob eine Pflegefamilie auch als „Sonderpflegefamilie“ eingestuft werden kann, wenn diese ein in der Entwicklung behindertes Kind betreut.

Frau Koßmann antwortete, dass sich auch Einzelpersonen als Pflegepersonen bewerben können. Es wurden auch Kinder bei Einzelpersonen untergebracht, dies ist kein Hindernis. Zu den Sonderformen teilte sie mit, dass sich dies oft im Prozess ergibt, die Voraussetzungen sind auch oft in den Pflegefamilien gegeben. Der Status als Sonderpflegefamilie kann oft auch erfüllt und gewährt werden, das ist immer im Rahmen einer Fallentscheidung möglich. Wenn ein Kind besonders entwicklungsbedürftig ist, kann die Pflegefamilie diesen Status erhalten. Das hängt unter anderem von den Finanzen und dem Aufwand, den Pflegeeltern zu leisten haben, ab. Dies stellt keine Schwierigkeit dar.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Wahl eines Mitgliedes des Unterausschusses Jugendhilfeplanung Vorlage: VI/2015/00861

Herr Dr. Wend fragte, ob eine geheime Wahl durchgeführt werden soll oder einer offenen Wahl zugestimmt werden kann. Es gab keinen Widerspruch zu einer offenen Wahl.

Herr Dr. Wend rief zur Abstimmung des vorliegenden Beschlussvorschlages auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss wählt die Stadträtin Frau Dr. Regina Schöps als stimmberechtigtes Mitglied in den **Unterausschuss Jugendhilfeplanung**.

zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine öffentlichen schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

Frau Brederlow informierte zum Förderprogramm „U3“, einem Krippenausbauprogramm. Es gab dazu eine Beratung der Jugendämter im Ministerium. Die Richtlinie dazu ist noch nicht veröffentlicht. Das Ministerium orientiert sich momentan am Bundesgesetz, welches veröffentlicht ist. Das heißt „Gesetz zur Entlastung der Kommunen“, welches auch das „U3“-Programm beinhaltet. Das „U3“-Programm soll im Herbst 2015 gestartet werden.

Es gibt die Möglichkeit eines vorzeitigen Maßnahmebeginns. Solange die Richtlinie noch nicht veröffentlicht und die Bedingungen bekannt sind, ist es allerdings unwahrscheinlich, dass es schon Bewerbungen gibt, die auf dieses Programm zutreffen.

Es wird erwartet, dass die Stadt Halle (Saale) von den vorgesehenen 14 Mio. Euro, welche das Land Sachsen-Anhalt für dieses Programm erhält, 1,6 Mio. Euro bekommen wird. Diese 1,6 Mio. Euro stehen dann ausschließlich für Krippenplätze zur Verfügung. Das ist die Änderung zum alten „U3“ Programm, welches damals beinhaltete, dass die gesamte Einrichtung saniert werden konnte, wenn mindestens 50+ Krippenkinder in der Einrichtung waren; dann erhielt diese Einrichtung 90% Fördermittel.

Das sieht das neue Programm nicht mehr vor; es werden mit 90% lediglich die Krippenplätze gefördert.

Es werden auch die Träger, welche Interesse an einer Beteiligung haben, eingeladen werden, damit das besprochen werden kann. Das Verfahren bleibt ähnlich dem letzten „U3“ Verfahren. Die Stadt Halle (Saale) wird eine Vereinbarung über die Verwendung der Fördermittel mit dem Land abschließen. Es wird dann eine Prioritätenliste vorbereitet, welche dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt und durch den Stadtrat beschlossen wird. Die Zuwendungsbescheide werden über den Fachbereich Bildung erstellt, diese sind bis zum 30.03.2016 zu erteilen. Das Ministerium wird bis zum 30.06.2016 prüfen, wie der Verbrauch der Mittel in den kreisfreien Gemeinden und Städten sein wird. Wenn Restmittel übrig sind, können andere Gemeinden und Kommunen, die einen Mehrbedarf haben, davon partizipieren. Kleinere Gemeinden haben schon signalisiert, dass sie sich aufgrund des Eigenanteils an dem Programm nicht beteiligen werden. Außerdem ist in einzelnen Landkreisen der Anteil an Krippenkindern nicht so hoch.

Der Vorteil dieses Programmes ist, dass hier auch Neubauten möglich sein werden.

Sobald die Veröffentlichung der Richtlinie dazu erfolgt ist, wird diese allen Trägern zur Verfügung gestellt und auf der Homepage des Fachbereiches Bildung veröffentlicht.

Zum anderen informierte **Frau Brederlow** zum Förderprogramm „Stark III“, dieses ist auf der Homepage der Investitionsbank einsehbar. Dort gibt es einen Entwurf einer Förderrichtlinie. Dieses Programm sieht vor, dass Schulen und Kitas saniert werden sollen. Hier ist nur energetische Sanierung möglich und diese muss auch einen sehr hohen Anteil haben. 55% der Gesamtmaßnahme muss energetische Sanierung sein.

Für beide Programme wurde die komplette Investitionsbedarfsliste dem Sozialministerium zur Kenntnis gegeben. Das Sozialministerium benötigte auch diese Listen, da diese gegenüber dem Bund und der EU nachweispflichtig sind. Sobald die Richtlinie zum „Stark III“ Programm veröffentlicht ist, wird eine schnelle Kontaktaufnahme zu den Trägern erfolgen, die im vergangenen Jahr im Vorverfahren Bedarfsmeldungen eingereicht haben.

Es wird ein Verfahren geben, in welchem beantragt wird; bis zum 30.09. sind diese Anträge bei dem örtlichen Träger der Jugendhilfe einzureichen. Diese Anträge müssen einen Demografie-Check enthalten. Die Bedingungen wurden geändert. Was die Einrichtung an Energieeinsparungen in den ersten 15 Jahren hat, muss voraussichtlich an das Land zurückgeführt werden, d. h., man hat in den ersten 15 Jahren keinen wirtschaftlichen Vorteil. Deswegen sollte sich jeder Träger gut überlegen, ob er das Programm nutzt oder nicht. Altbauten kommen kaum infrage, eher die Neubauten der 70er und 80er Jahre, die einen hohen Energiesparwert erreichen. **Frau Brederlow** geht davon aus, dass durch Herrn Geier auch im Stadtrat hierzu eine Information erfolgen wird.

Frau Brederlow informierte zum Thema „Kita-Streik“. Ab dem 08.05. wird ein zunächst unbefristeter Streik beim Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen stattfinden. Im „hallespektrum“ wurde veröffentlicht, um welche Einrichtungen es sich handelt. Einige Einrichtungen sind komplett geschlossen, andere Einrichtungen haben einen Notbetrieb. Dieser 1. Streik wird, je nachdem wie sich die Tarifparteien einigen, möglicherweise eine Fortsetzung finden. Eine Notdienstbetreuung ist in den wenigsten Einrichtungen möglich. Es gibt auch keine Ersatzangebote durch den öffentlichen Träger, da es keine Plätze dafür gibt. Sie wies darauf hin, dass der EB Kita telefonisch unter der Telefonnummer des Sekretariats

des Eigenbetriebsleiters: 221 2214 erreichbar ist. Bei Notsituationen in Familien wird nach einer Lösung gesucht. Diese Situation ist in dem Umfang erstmalig.

Dieser Streik betrifft nicht nur die Kindertageseinrichtungen des EB Kita sondern auch die sozialen Dienste des Fachbereichs Bildung. Es wird im gesamten Bereich Sozial- und Erziehungsdienst verhandelt. Es betrifft eine ASD-Dienststelle auf der Silberhöhe, wo mit einem großen Anteil an Streikenden gerechnet wird. Die Abteilungsleiterin ist in der Abklärungsphase. Aus der Erfahrung der Warnstreiks wird es hauptsächlich die Silberhöhe betreffen. Im Vorfeld kann nicht gesagt werden, wo in welcher Größenordnung gestreikt wird.

Frau Dr. Brock sprach an, dass bei einer Tarifeinigung Mehrkosten auf die Stadt zukommen werden, und fragte, ob es schon diesbezüglich Prognosen gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass der EB Kita momentan bei der Erstellung seines Wirtschaftsplanes ist. Der Eigenbetriebsleiter hat eine Summe angesagt; ob diese gerechtfertigt ist, konnte noch nicht geprüft werden. Sie denkt, dass Ende Mai eine Prognose bzw. eventuell ein Tarifabschluss vorliegen wird. Es betrifft dann auch die Personalkosten im FB Bildung.

Frau Plättner vermutete, dass es eine Einigung schon bezogen auf dieses Jahr geben wird. Sie fragte nach dem Stand bezüglich der Kostensatzverhandlungen.

Frau Brederlow antwortete, dass der EB Kita einen Wirtschaftsplan hat; den betrifft es an dieser Stelle nicht. Es geht um die freien Träger, die den TVöD anwenden. Mit ihnen werden Nachverhandlungen aufgenommen, da dies eine Sondersituation ist. Personalkosten sind die höchste Summe, das wird dieses Jahr noch problematisch werden.

zu 10 Themenspeicher

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass der Themenspeicher den Mitgliedern vorliegt.

Frau Brederlow sprach an, dass es eine Änderung im Themenspeicher bei dem Thema „Ableistung von gemeinnützigen Stunden“ gibt. Richter Glomski hatte dies als Thema angeregt. Im September ist er nicht da, so dass dies auf die Sitzung im Oktober verschoben wird.

zu 11 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Gellert sprach an, dass einigen Trägern jetzt die Bewilligung oder Ablehnung zu ESF-Schulsozialarbeit zugeht. Sie hatte beim Land angerufen bzw. beim Landesverwaltungsamt, weil für die Stadt Halle (Saale) deutlich weniger Schulsozialarbeiterstellen zugestanden werden, als beantragt wurden, und das auch an Schulen, die im Brennpunkt stehen. Es werden für die Stadt nur über 40 Stellen zur Verfügung gestellt, vorrangig werden die schon bestehenden Stellen verlängert. Aber die sich weiterhin aus Bildung und Teilhabe (BuT) beworbenen Stellen sind vorwiegend zur Ablehnung vorgeschlagen, weil die Mittel nicht ausreichen. Sie richtete die Bitte an die Fraktionen, welche im Landtag vertreten sind, sich hier stark zu machen.

Frau Brederlow sprach an, dass sie hierzu andere Informationen hat. Ihr ist nicht bekannt, dass Träger schon Bewilligungsbescheide haben. Falls dem so ist, bat sie die Träger, den FB Bildung zu informieren, da dies auch für die Planung benötigt wird.

Es ist richtig, dass zuerst die Stellen, die bisher über ESF gefördert wurden, bewilligt werden. Die, die als Neuanträge gelten, das sind alle die über BuT gelaufen sind, werden zu einem späteren Zeitpunkt begutachtet und beschlossen. Diese Aussage hat sie vom Kultusministerium bei einer Veranstaltung öffentlich erhalten. Das auch Ablehnungsbescheide dabei sein können, ist klar. Möglicherweise soll sich das bis in das zweite Halbjahr ziehen bzw. kann es auch sein, dass manche Träger erst zum 01.01. beginnen können.

Deswegen bat sie die Träger um umgehende Information, wenn diese Informationen haben oder ihnen Ablehnungen/Bewilligungen zugehen. Die Verwaltung muss eine Übersicht haben, um agieren zu können, wenn dort eine Lücke entsteht. Der örtliche Träger, welcher nicht am Rückmeldeverfahren beteiligt ist, hat sonst ein großes Problem.

Herr Dr. Wend wies darauf hin, dass allen Fraktionen diese Thematik sehr wichtig ist und sie sich hierfür auch verwendet haben. Bisher kennt er nur positive Signale, deswegen überrasche ihn die Information von Frau Gellert.

zu 11.1 **Anfrage von Frau Dr. Brock**

Frau Dr. Brock fragte, warum sich die Stadt Halle (Saale) nicht an der „FANTA-Spielplatz-Initiative“ beteiligen will. Der Kinder- und Jugendbeauftragte hat nach ihrer Anfrage mitgeteilt, dass bereits Spielplatzpaten zur Verfügung stehen.

Frau Brederlow erwiderte, dass diese Frage weitergegeben werden muss, da sie hier nicht direkt der zuständige Bereich sind.

zu 11.2 Anfrage von Frau Dr. Brock

Frau Dr. Brock fragte, wie es mit dem Benchmark-Bericht, welcher im letzten Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden ist, weitergeht. Man wollte sich damit gezielt noch auseinandersetzen. Sie fragte nach dem aktuellen Stand.

Frau Brederlow sprach an, dass Herr Weiske hierzu in der Vorbereitung ist. Zum genauen Stand wird sie anfragen.

zu 11.3 Anfrage von Herrn Kramer

Herr Kramer fragte, wann die freien Träger einen W-LAN-Zugriff erhalten. Diese würden ihren eigenen Laptop in die Sitzung mitbringen. Bisher gab es noch kein Feedback hierzu.

zu 11.4 Anfrage von Frau Haupt

Frau Haupt sprach die Jugendhilfeplanung, eingebettet in die Sozialplanung der Stadt Halle (Saale) an. Im Unterausschuss Jugendhilfeplanung wurde festgestellt, dass man nicht weiterkommt, weil die Beschlussvorlage noch nicht vorgelegt werden konnte. Inzwischen gab es positive Signale. Es sind nicht mehr viele Sitzungen bis zur Sommerpause; im Herbst muss alles vorliegen. Sie fragte nach dem aktuellen Stand.

Frau Brederlow antwortete, dass sie davon ausgeht, dass Sondersitzungen sowohl im Unterausschuss Jugendhilfeplanung als auch im Jugendhilfeausschuss benötigt werden, um den Zeitplan zu schaffen. Sie hatte dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung mitgeteilt, wie der aktuelle Stand ist.

Sie geht davon aus, dass Ende des Monats eine Beschlussvorlage vorliegt, die von der Verwaltungsspitze und allen anderen mit getragen wird. Im Juni kann es nicht auf die Tagesordnung genommen werden. Ziel ist, dass die Jugendhilfeplanung dann fertig ist und allen zugestellt werden kann und dass die Beratung laufen kann.

Es soll die Möglichkeit gefunden werden, die Beteiligung der freien Träger, des Stadtjugendringes etc. hinzubekommen, eventuell auch in der Sommerpause. Eine Schwierigkeit ist, dass bald Urlaubszeit ist.

Der Zeitplan soll gehalten werden. Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung wird sich zuerst damit beschäftigen.

zu 12 Anregungen

Es gab keine öffentlichen Anregungen.

Herr Dr. Wend beendete die öffentliche Sitzung um 17.59 Uhr.

Dr. Judith Marquardt
Beigeordnete

Dr. Detlef Wend
Ausschussvorsitzender

Uta Rylke
Protokollführerin